

Aus Vorstand und Geschäftsstelle**Liebe Leserinnen und Leser,**

ab sofort können auch ältere Ausgaben des BBU-Newsletter auf der BBU-Internetseite gelesen werden. Ihr findet sie über einen Link auf der Startseite oder direkt unter <http://www.bbu-online.de/Newsletter/Archiv.htm>. Gerne dürft Ihr diesen Link auch auf euren Internetseiten schalten (sofern Ihr eine eigene Seite betreibt).

Nachdem in Hamburg der Bau des Kohlekraftwerks Moorburg genehmigt wurde, und derzeit mal wieder verstärkt Gift den Rhein runterfließt, bereitet sich die Anti-Atomkraft-Bewegung auf den Castor-Transport nach Gorleben im November vor. Immer wieder wird deutlich: Wir brauchen im Umweltbereich starke, vernetzte Bürger/inneninitiativen. Der BBU freut sich über neue Mitglieder, die gemeinsam die zahlreichen Umweltprobleme angehen wollen. Hier geht es mühelos zu den Beitrittserklärungen: <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>.

Einen goldenen Oktober (nicht im Sinne des Kapitals ...) wünscht Euch die BBU-Newsletter-Redaktion.

Atomstrombezug stoppen!

(U.B.): Der BBU setzt sich konsequent für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und für die Nutzung und den Ausbau regenerativer Energiequellen ein. In diesem Rahmen ruft der BBU auch zum Stromwechsel auf – hin zu einem Stromanbieter, der keinen Atomstrom im Programm hat und auch nicht mit der Atomindustrie verflochten ist. In diesem Rahmen ist der BBU auch Mitglied im Aktionsbündnis ASM – Atomausstieg selber machen, <http://www.atomausstieg-selber-machen.de>.

Der BBU kooperiert direkt mit den Elektrizitätswerken Schönau (EWS). Nähere Infos zum kinderleichten Stromwechsel unter <http://www.bbu-online.de/EWS/EWS1.htm> oder telefonisch unter 0228 214032

Workshop-Vorankündigung

(U.B.) Die BBU-AG „Umweltmanagement und Normung“ wird voraussichtlich Ende November / Anfang Dezember einen Workshop zum Themenbereich "Carbon Footprint" durchführen. Nähere Infos über den Workshop wird es im nächsten BBU-Newsletter geben. BBU-Mitglieder, die rechtzeitig den Termin des Workshops erfahren möchte, wenden sich bitte an die BBU-Geschäftsstelle.

Klimaaktionstag 2008 in Deutschland

Der Klimaaktionstag findet 2008 am 6. Dezember statt – der Samstag während der UN-Klimakonferenz im polnischen Posen (1.-12.12.). In Deutschland werden am 6.12. Klima-Aktionen in zahlreichen Städten und Gemeinden stattfinden.

<http://www.die-klima-allianz.de/klimaaktionstag/deutschland>

Impressum:

Hrsg: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn.

Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33

Email: bbu-newsletter@bbu-bonn.de.

Homepage: www.BBU-online.de

Redaktion: Udo Buchholz (U.B.), Vorstandsmitglied;
Harald Gülzow (H.G.) Mitglied im geschäftsführenden Vorstand

Layout: Susanne Bareiß-Gülzow (S.B.)

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich.

Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

Der nächste Redaktionsschluss ist der 10. November 08

Damit wir möglichst viele verschiedene Beiträge unterbringen können, sollen Beiträge höchstens 1800 Zeichen lang sein.

Atomenergie

Atomkraftwerk muss Strahlenbelastung senken

Das Atomkraftwerk Cattenom an der Obermosel muss seine Niedrigstrahlenbelastung in Luft und Grundwasser weiter verringern. Das sieht eine neue Verordnung des französischen Umweltministeriums für alle Kraftwerke in Frankreich vor. Anlass ist ein Störfall im südfranzösischen Kernkraftwerk Tricastin von Anfang Juli. Bislang liegt die Tritiumbelastung durch Cattenom knapp im Bereich der Grenzwerte. Die vier Druckwasserreaktoren in Cattenom sind baugleich mit denen des Kraftwerks in Tricastin an der Rhone. Dort waren im Juli 100 Arbeiter bei einem Störfall verstrahlt worden. Experten hatten den Vorfall auf eine nachlässige Überwachung zurückgeführt.

Als Hintergrund gelten Sparmaßnahmen beim französischen Stromkonzern "Electricité de France" (EdF). Davon könne in Cattenom keine Rede sein, teilte der neue Kraftwerksdirektor Dupré la Tour mit. Man habe im Gegenteil die Investitionen für Innovationen weiter erhöht. Auch die Personalstärke sei beibehalten worden.

Nach der Zehn-Jahres-Inspektion ist mittlerweile auch Block zwei des Kraftwerks wieder am Netz. Frankreich plant für Atomkraftwerke dieses Typs eine Laufzeit von 50 Jahren. Das würde für Cattenom eine Laufzeit bis 2037 bedeuten.

<http://www.swr.de/nachrichten/rp/-/id=1682/nid=1682/did=4055082/h6847/>

Überprüfung aller AKW in Frankreich

Erst waren in Tricastin 74 Kilogramm Uran ausgetreten und in zwei Flüsse gelangt. Danach wurden in einer Atomanlage im Südosten Frankreichs 15 Arbeiter bei einer Inspektion verstrahlt und wenig später wurde zudem ein undichtes Kanalisationsrohr in einer Brennstäbefabrik in Romans-sur-Isère entdeckt, aus dem zwischen 120 und 750 Gramm Uran ausgelaufen waren. Umweltminister Jean-Louis Borloo leitete inzwischen eine Überprüfung der Sicherheitsmaßnahmen und Grundwasserproben an allen Reaktoren ein.

Gorleben - CDU/CSU verdreht Tatsachen

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg (BI) wirft der CDU/CSU Bundestagsfraktion Verantwortungslosigkeit und Verdrehung der Tatsachen in der Endlagerfrage vor. Die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Katherina Reiche, und MdB Dr. Maria Flachsbarth hatten mit der Behauptung "die Endlagerfrage sei lösbar" und "alle bisherigen Erkenntnisse hätten die Eignung gezeigt" gefordert, den Baustopp in Gorleben unverzüglich aufzuheben. (...). Der Salzstock der ehemaligen DDR-Deponie Morsleben droht weiter einzustürzen und wird verfüllt. Kanzlerin Merkel schlug als damalige Bundesumweltministerin sämtliche Warnungen der Geologen aus dem Wind. Im bayrischen Wahlkampf argumentierte die Kanzlerin für ein Endlager in Gorleben damit, dass sie "keine Lust" habe, mehr Geld auszugeben.

"Vertrauen herstellen" und "Fragen der Bürger und Fachleute überzeugend beantworten", wie MdB Reiche und Flachsbarth äußern, sei in diesem Zusammenhang ein Hohn, fasst ein BI-Sprecher zusammen. "Auch der erneute Einsatz von rund 17.000 Polizisten, die den nächsten Castortransport nach Gorleben im November sichern sollen, sind höchstens ein im Wortsinn "schlagendes Argument", aber kein Beitrag zur Vertrauensbildung in der Bevölkerung." (...). Die BI ruft für den 8. November um 13 Uhr unter dem Motto "Atomkraft? Nein Danke!" zu einer bundesweiten Demonstration in Gorleben auf. Aus einer Pressemitteilung der BI Lü-Da (BBU-Mitglied) vom 16.10.08. Weitere Infos: www.bi-luechow-dannenberg.de. Achtung: Die BI hat eine neue Adresse: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg e.V., Rosenstr. 20, 29439 Lüchow.

UAA Gronau

Seit Herbst 1986 (22 Jahre!!) treffen sich am 1. Sonntag im Monat (2.11., 7.12., ...) um 14 Uhr UAA-GegnerInnen zum Sonntagsprotest an der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA).

Energie

RWE will 1,5 Milliarden in Erdbeben-AKW investieren

Am Freitag, den 3. Oktober 2008 hat RWE den Zuschlag für eine 49 prozentige Beteiligung an dem umstrittenen Kernkraftwerk Belene erhalten. Der Projektstandort liegt in einer seismisch aktiven Zone im Norden Bulgariens, nur wenige Kilometer von der rumänischen Grenze entfernt. Es handelt sich um den ersten Neubau eines russischen Reaktor-Typs innerhalb der EU.

Umweltorganisationen halten Belene für eines der gefährlichsten Atomkraftwerke, die derzeit in Europa in Angriff genommen werden. Sie verweisen auf die bewegte Geschichte des Vorhabens, das Anfang der achtziger Jahre konzipiert und nach der Demokratisierung Bulgariens zunächst eingestampft wurde. „1983 haben selbst sowjetische Wissenschaftler gegen den Bau eines Atomkraftwerks an diesem Standort gewarnt. Schließlich ist die Region um Belene 1977 von einem starken Erdbeben erschüttert worden und nur wenige Kilometer vom geplanten AKW-Standort sind 120 Menschen umgekommen,“ berichtet Heffa Schücking von der Umweltorganisation Urgewald. Mit dieser Investition spiele RWE „russisches Roulette mit der Gesundheit und Sicherheit von Millionen von Europäern,“ so Schücking.

Tatsächlich wäre Belene das erste Atomkraftwerk, das RWE außerhalb Deutschlands betreibt. Für den Bau des Kraftwerks werden sieben Milliarden Euro veranschlagt. Davon soll RWE 1,275 Milliarden Euro als Eigenkapital und weitere 280 Millionen Euro als Kredit einbringen.

Gekürzte Pressemitteilung von Urgewald
<http://www.urgewald.de/index.php?page=3-64-156&artid=295&stwauswahl=>

Deutsche Solarpreise verliehen

Die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien EUROSOLAR e.V. hat am 18. Oktober 2008 in Bonn die Deutschen Solarpreise 2008 vergeben.

Die Laudatio hielt Ronald Feisel, Redaktionsleiter der Sendung "Stichtag/ZeitZeichen" beim Westdeutschen Rundfunk (WDR). Die Auszeichnungen wurden verliehen von EUROSOLAR-Präsident Hermann Scheer, Träger des Alternativen Nobelpreises. Er hob in seiner Ansprache hervor, dass alle Preisträger eine Vorbildwirkung haben, um das Umsteuern von fossilen und atomaren Energien auf die Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien zu beschleunigen. "Dass dies nicht nur möglich ist, sondern sogar schon praktiziert wird, haben nicht nur die jetzt Ausgezeichneten, sondern zahlreiche Bewerbungen nachgewiesen, die ebenfalls auf klassischen und auf originellen Wegen Lösungen finden, um die Energiewende voranzutreiben", sagte Scheer zur Preisverleihung. (...).

Der Deutsche Solarpreis wird von EUROSOLAR seit 1994 jährlich an Kommunen, Unternehmen, Einzelpersonen und an Organisationen vergeben, die sich um die Nutzung und Anwendung der Erneuerbaren Energien in allen verfügbaren Formen verdient gemacht haben. Es werden herausragende innovative Projekte, Initiativen und Engagements ausgezeichnet, in diesem Jahr mit der Stadt Marburg erstmals auch eine politische Initiative.

Aus einer Pressemitteilung von Eurosolar vom 18.10.2008

Kontakt: <http://www.eurosolar.org>.



Energie / Wasser

Erdgasspeicher kontra Naturschutz

In der Nähe der Emsmündung soll ein Erdgasspeicher entstehen, wogegen sich Naturschützer wehren. Dort nämlich befindet sich ein Vogelreservat. Nun könnte man einwenden, was denn ein unterirdischer Speicher mit dem oberirdischen Naturparadies zu tun hat? EWE und Wingas wollen die Salzstöcke anbohren und Wasser aus der Ems einleiten, damit Hohlräume ins Salzgestein gewaschen werden können und somit Platz für das Erdgas ist. Nach erfolgreicher Arbeit soll das Wasser über eine unterirdische Pipeline zurück in die Ems gepumpt werden. Dann allerdings ist aus dem Wasser eine stark salzhaltige Brühe geworden. Der Naturschutzbund (NABU) Niedersachsen hat dagegen Klage eingereicht. Erdgasspeicher dienen als Zwischenspeicher für saisonal bedingte Nachfrageschwankungen. Weil im Winter mehr Gas verbraucht wird als im Sommer, die Lieferung aber konstant ist, muss ein Speicher her. Das in ganz Europa tätige Wingas sieht wachsenden Bedarf an Speichern, weil der Verbrauch in Zukunft ansteigen werde. Der Energieversorger beliefert Stadtwerke, regionale Gasversorger, Industriebetriebe und Kraftwerke in Frankreich, Großbritannien und Österreich, um nur einige Empfängerländer zu nennen.

Quelle: <http://www.strom-und-gasanbieter.de/erdgasspeicher-rheiderland.html>

In Ketzin startete der erste unterirdische Großversuch zur CO₂-Speicherung in einem ehemaligen Erdgasspeicher

Die Erprobung der Einlagerung von Kohlendioxid im Untergrund hat am 30. Juni 2008 begonnen. Das Deutsche GeoForschungszentrum (GFZ) startete mit der Kohlendioxid-Speicherung im Untergrund in Ketzin im Land Brandenburg. Im Rahmen des Projekts -sollen in den nächsten zwei Jahren bis zu 60 000 Tonnen Kohlendioxid in über 600 Metern Tiefe eingelagert werden. GFZ wird in Zusammenarbeit mit 18 Partnern aus 9 Ländern europaweit erstmals untersuchen, wie CO₂ in einem ehemaligen Erdgasspeicher eingebracht und gespeichert werden kann.

„Diese Pilotanlage ist ein „Großlabor“, in dem das Verhalten von Kohlendioxid im Untergrund unter realistischen Bedingungen untersucht wird. „Heute dürfen eine sichere Energieversorgung und Umweltaspekte nicht mehr voneinander unabhängig betrachtet werden. Die Speicherung des Treibhausgases CO₂ ist dabei eine Option zum Zeitgewinn bei der Entwicklung und Einführung CO₂-armer Energietechnologien“ erklärt Reinhard Hüttel, der Vorstandsvorsitzender des Deutschen GeoForschungszentrums.

Quelle http://angewandte-geologie.suite101.de/article.cfm/erste_unterirdische_co2speicherung_in_ketzin

(H:G) Während man einerseits die Endlagerung von CO₂ in ehemaligen Erdgasspeichern bzw. Gasfeldern in Ketzin und in der Altmark ausprobiert, sollen an anderen Standorten neue Erdgasspeicher entstehen. Dabei besteht sowohl bei der Erstellung von neuen Erdgasspeichern als auch bei der Endlagerung von CO₂ große Gefahren für unsere Grund- und Oberflächenwasser. So sollen die unterirdischen Salzstöcke an der Ems mit Wasser ausgehöhlt werden und die anfallende Sole danach in den Fluss gepumpt werden. Insbesondere der Wasserversorgungsverband Rheiderland hatte Bedenken geäußert, da er um seine Brunnen fürchtet. Aber auch ökologisch stellt die hohe Salzfracht im Dollart ein Problem dar, da die Sole eine wesentlich höhere Salzkonzentration hat wie die Nordsee. Auch entspricht die Salzzusammensetzung nicht der des Nordseewassers. Zu den Gefahren von Gewässerbelastungen bei der CO₂ Endlagerung siehe [Newsletter 9/2008](#).

Widerstand

Verbände kritisieren Erweiterung der Phosgen-Produktion

In einer gemeinsamen Stellungnahme fordern BUND und CBG ein phosgenfreies Verfahren der Kunststoffproduktion im Bayer-Werk Uerdingen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) fordern die Bayer AG auf, Kunststoffe durch phosgenfreie Verfahren zu produzieren. Nur so ließe sich die Gefahr für Anwohner und Belegschaft verringern. Zudem dürfe es keine Erweiterung der Produktion ohne Beteiligung der Öffentlichkeit geben.

Nach Angaben der Verbände sei eine weitere Erhöhung der Polycarbonat-Produktion in Uerdingen im Gespräch. Dabei werde Phosgen eingesetzt, das zu den giftigsten Industrie-Chemikalien zähle. "Es ist technisch möglich, Polycarbonat phosgenfrei herzustellen. Für Bayer ist es aber offenbar preisgünstiger, bestehende Verfahren weiter anzuwenden - Profit geht vor Sicherheit", so CBG-Sprecher Philipp Mimkes. Anwohner hätten ein Recht auf Information, welcher Gefahr sie bei einem Störfall ausgesetzt sind und wie sie sich schützen können. Vor einer Erweiterung müsse es eine Prüfung mit Beteiligung der Öffentlichkeit geben. Bereits 2002 habe Bayer die Produktion von Polycarbonat in Uerdingen um 100 000 Tonnen pro Jahr erhöht und damit zusätzliche 60 000 Tonnen Phosgen produziert. BUND und CBG hatten damals bei der EU-Kommission erfolglos Beschwerde eingereicht. (Neue Ruhr Zeitung, 3. Oktober 2008)

Stichwort BAYER

Berichte aus dem Inneren eines Multis und über internationalen Konzern-Widerstand. Enthüllend, konkret, faktenreich, spannend. Stichwort BAYER erscheint seit 26 Jahren. Ohne jede Förderung, nur aufgrund der Solidarität der Menschen.

Ausgabe 3/2008 erschienen: Gegen die Macht der Konzerne und Banken!

<http://cbgnetwork.org/29.html>).

Freispruch für Baumbesetzer

Am 7.10.2008 fand vor dem Amtsgericht Cottbus ein Prozess gegen einen Baumbesetzer statt. Dieser hatte sich bei der Räumung einer Baumbesetzung in Lacomia im Herbst letzten Jahres an einem Baum festgekettet. (Anm. BBU-Newsletter-Redaktion: Es geht um Widerstand gegen Braunkohleabbau). Vorgeworfen wurde ihm, gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben, da das Rohr, mit dessen Hilfe er sich angekettet hatte, eine Schutzwaffe darstelle.

Schon vor Prozessbeginn wurde unmittelbar vor dem Gerichtsgebäude mit Kreidesprüchen auf das Verfahren hingewiesen sowie allgemeine justizkritische Parolen mit Kreide auf der Straße „verewigt“. Da sich der Sitz von Vattenfall, auf deren Gelände die Baumbesetzung stattgefunden hatte, direkt gegenüber des Gerichtsgebäudes befindet, wurden auch hier entsprechende Äußerungen niedergeschrieben. Quelle und weitere Infos:

<http://de.indymedia.org/2008/10/229021.shtml>.

Revision in Aufkleberprozess gewonnen

Im Verfahren gegen eine 22-jährige Aktivistin wegen Sachbeschädigung hatte das Amtsgericht Hamburg-Altona die Angeklagte im April 2008 zu 15 Tagessätzen verurteilt, weil sie einen „Tschüss-Vattenfall“-Aufkleber auf ein Wahlplakat geklebt hatte. Das skurrile daran: Die SPD hatte sich explizit gegen eine Strafverfolgung ausgesprochen und nur weil die Staatsanwaltschaft ein besonderes öffentliches Interesse bejahte, kam es überhaupt zum Prozess. Dieses Urteil wurde nun in Revision vom Oberlandesgericht aufgehoben. Das Gericht stellte fest, dass es unzulässig gewesen sei, den Hauptbelastungszeugen der Polizei nicht zu laden und lediglich dessen Bericht zu verlesen. Darüber hinaus sei nicht belegt worden, ob der Aufkleber sich hätte ablösen lassen. Quelle und weitere

Info: <http://de.indymedia.org/2008/10/228693.shtml>.

Energie / Landwirtschaft**Schwoofen für Strom**

Hüpfen, schwingen, springen - jede Tanzbewegung im "Club Watt" erzeugt Strom. Das aktuell produzierte Energie-Level der Tänzer lässt sich von Leuchttafeln ablesen. Die erste Öko-Disco der Welt hat jetzt in Rotterdam eröffnet.

Diesen Werbeslogan kann man wörtlich nehmen: "We want your energy" heißt es in der ersten Öko-Disco der Welt. Wer in dem Beton- und Glasbau an der West-Kruiskade im einst als Drogenquartier berüchtigten Chinesenviertel von Rotterdam tanzt, erzeugt Strom und hilft damit der Umwelt. In der Nacht zum Freitag wurde der Club von energiegeladenen Tänzern eröffnet. "Man fühlt sich dabei wie ein Kraftwerk", schwärmte eine Besucherin aus Deutschland.

"Der erste nachhaltige Dance Club der Welt setzt einen Trend", hofft der Architekt Herman Kossmann. "Er beweist, dass Umweltschutz und Spaß bestens zusammenpassen." Früher war der Laden als "Nighttown" für aufregende Shows von Iggy Pop, Nirvana oder Amy Winehouse berühmt. Stars werden auch künftig kommen. Doch jetzt heißt die mit Millionengeldern niederländischer Privatinvestoren völlig neu gestaltete Disco "Club Watt" - und wer hier auftritt, legt damit auch ein grünes Bekenntnis ab. Das Kernstück der Öko-Disco ist die flexible elektromechanische Tanzfläche. Der Boden unter den Füßen gibt um einige Millimeter nach. Die durch Schwingungen erzeugte Bewegungsenergie wird nach dem Dynamo-Prinzip in Elektrizität umgewandelt und in Akkus gespeichert. Fast ein Drittel des Stroms, den die DJ-Bühne verbraucht, sollen die Tänzer als "menschliche Energieerzeuger" liefern.

Leuchtdioden im Boden sowie Lampen an der Bühne zeigen an, wie stark die Stromerzeugung jeweils ist. Wer sich austobt, sorgt für eine individuelle Lichtshow. Ganzer Artikel: <http://www.spiegel.de/reise/staedte/0,1518,576476,00.html>.

Hähnchenmast

"Landwirt Dietmar Deitermann möchte die Hähnchenmastanlage auf seiner Hofstelle Samberg 12 aufstocken und zu einer Mastanlage mit insgesamt 165600 Tierplätzen umfunktionieren. Die gegenwärtige Mastanlage bietet Platz für 30 000 Hähnchen. (...) Einen entsprechenden Antrag an den Kreis Steinfurt haben sie gestellt, und darüber wurde gestern beim Erörterungstermin im Bürgerhaus diskutiert. Antragsteller, Gutachter und Gegner waren dabei sowie Vertreter des Kreises, der Gemeindeverwaltung, des NRW-Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz und andere Träger öffentlicher Belange. Moderator war Diplom-Chemiker Dr. Rolf Winters vom Kreisumweltamt.

(...) Rechtsanwalt Norbert Burke als Vertreter der Gegner wollte wissen, ob ein Gewerbegebiet vorhanden sei, das in der Lage wäre, derartige Mastbetriebe aufzunehmen. Winter: "Diese Möglichkeit ist mir im gesamten Kreisgebiet nicht bekannt. Ein solches Gebiet müsste ausgewiesen werden."

(...) Einen breiten Raum in der Diskussion um die Umweltverträglichkeitsanalysen nahm die Geruchsbelästigung ein. In geschliffener Fachsprache stellte Gutachter Brünings das Verfahren und die Ergebnisse entsprechender Untersuchungen vor. "Die Gewichtung wurde nach verschiedenen Lästigkeiten modifiziert und nach Korrekturfaktoren ermittelt", beschrieb der Experte die Analyse des Ist-Zustandes, bei der man die umliegenden Höfe Vortkamp, Wensing und Kestermann in die Betrachtung aufgenommen hat.

(...) Zum Schluss der dreistündigen Erörterung sagte Winter: "Hier und heute wird nichts entschieden." Sollte der Antrag genehmigt werden, werde jeder der 140 Einwandsteller informiert und habe die Möglichkeit der Klage. Quelle: http://www.ahlener-zeitung.de/lokales/kreis_steinfurt/metelen/728377_Hier_und_heute_wird_nichts_entschieden.html